

Homeoffice im Ausland - SBB-Chef pfeift Angestellte in die Schweiz zurück

Konrad Staehelin

Publiziert 20.8.2021 um 05:07 Uhr

Teile der SBB-Beschäftigten nutzten die Vorzüge der freien Arbeitsplatzwahl aus, während das Zugpersonal an der Front dem Virus ausgesetzt war. Dann schritt Vincent Ducrot ein.



Zurück in die Schweiz, lautete die Order: Vincent Ducrot Anfang Juni in seinem Büro. Foto: Yvain Genevay

Mehrere Hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SBB haben seit Beginn der Corona-Pandemie Homeoffice im Ausland gemacht. Das hat im Konzern zu Spannungen geführt.

[SBB-Chef Vincent Ducrot](#) und der Rest der Konzernleitung schritten im Mai ein. Sie unterbanden die Praxis, die zuvor nicht verboten war. Seit Anfang Juni ist Homeoffice bei den SBB nur noch innerhalb der Schweizer Grenzen erlaubt. Die SBB bestätigen entsprechende Recherchen dieser Zeitung. Ihr liegt unter anderem die interne Weisung an die Belegschaft vom Mai vor.

Strittig ist die Dimension des Ganzen. Die SBB werten aus persönlichkeitsrechtlichen Gründen nicht aus, wie viele Personen aus welchen Gründen von wo aus arbeiteten. Bruno Zeller, der für den Personalverband Transfair den öffentlichen Verkehr betreut, sagt: «In einem Spitzentreffen der SBB-Konzernleitung mit den Sozialpartnern im Juni sagte Ducrot, dass einige Hundert Angestellte sich vom Ausland aus eingeloggt hätten. In dieser Zahl seien Grenzgänger nicht mit inbegriffen.»

Jemand arbeitete von Wladiwostok aus

Eine ebenfalls anwesende Person, die nicht genannt werden will, bestätigt diese Aussage; eine weitere Person spricht von «mindestens mehreren Dutzend». Ducrot habe am Treffen ausserdem erzählt, dass eine Person für eine längere Zeit von Wladiwostok aus an der russisch-nordkoreanischen Grenze gearbeitet habe, berichten mehrere Anwesende.

Die SBB dagegen schreiben: «Wir können den Grossteil der Zugriffe auf unsere Informatiksysteme aus dem Ausland erklären.» Der grösste Teil der Zugriffe habe damit zu tun, dass Grenzgängerinnen an ihrem Wohnort im nahen Ausland Homeoffice gemacht hätten. Eine weitere Erklärung sei, dass ausländische Angestellte ihre Familien in der Heimat besucht hätten und aufgrund von schwierigen Rückreisen oder Quarantänen von dort aus gearbeitet hätten. Nur sehr wenige Personen seien an klassische Ferienorte gereist, um von dort aus zu arbeiten.



Die einen daheim, die anderen unterwegs: Die Lokführergewerkschaft fürchtet eine Zweiklassengesellschaft.
Foto: Christian Merz (Keystone)

Die SBB zählen mehr als 33'000 Angestellte. Sie sind damit der viertgrösste Arbeitgeber der Schweiz. Rund 10'000 Beschäftigte arbeiten in Funktionen, in denen Arbeiten von zu Hause aus möglich ist.

Vom Verbot des Homeoffice aus dem Ausland klammerte die Konzernleitung die Grenzgänger aus. Sie dürfen weiterhin von zu Hause aus arbeiten, während höchstens 60 Prozent der Arbeitszeit. Diese Regel gilt auch für alle anderen, bei denen Homeoffice grundsätzlich möglich ist.

Nach der Pandemie werden die Grenzgänger nur noch zu höchstens 20 Prozent im Homeoffice arbeiten dürfen. Grund dafür sind insbesondere sozialversicherungsrechtliche Vorgaben. Bei den Kolleginnen im Inland wird dann gelten, dass sie den Anteil Homeoffice an der Arbeitszeit mit der Vorgesetzten absprechen müssen.

Auch Monate nachdem die letzten ihr Homeoffice im Ausland geräumt haben, zeigt sich das operative Personal – sprich jene, die die Züge bewegen, rangieren oder reinigen – noch verärgert. «Dass Mitarbeiter ihr Homeoffice fantasievoll erweitert haben und sich aus allen Teilen der Welt einloggen, kommt an der Basis nicht gut an», sagt Hubert Giger, Präsident des Verbands Schweizer Lokomotivführer und Anwärter.

Er sagt: «Während das Basispersonal trotz anfänglich unklarer Ansteckungsgefahr täglich ortsgebunden im Einsatz war, zog sich das [Büropersonal in ein sicheres Reduit nach seiner Wahl](#) zurück. Das spaltet die Unternehmung.»

«Die Hauptsache ist, dass die Arbeit gemacht wird. Da ist zweitrangig, ob man auf der Sonnenterrasse auf Gran Canaria oder in der Schweiz am Wohnzimmertisch sitzt.»

Barbara Spalinger, Vizepräsidentin der Gewerkschaft SEV

Die SBB-Medienstelle schreibt dazu: «Es gab tatsächlich einzelne Mitarbeitende, welche die Homeoffice-Pflicht vor allem örtlich zu frei interpretiert hatten. Die SBB haben das sofort unterbunden, auch, um intern im Unternehmen keine Verärgerung aufkommen zu lassen.» Bei der neuen Regel hätten auch versicherungsrechtliche Überlegungen eine Rolle gespielt.

Barbara Spalinger, Vizepräsidentin der Bähnler-Gewerkschaft SEV, sagt: «Ich verstehe zwar, dass sich einige über die kreative Auslegung des Homeoffice ärgern. Aber die Hauptsache ist, dass die Arbeit gemacht wird. Da ist zweitrangig, ob man auf der Sonnenterrasse auf Gran Canaria oder in der Schweiz am Wohnzimmertisch sitzt.»

Basis muss sich flexibel zeigen

Das ist für Hubert Giger allerdings nur eine Seite der Medaille. «Die andere ist, dass wir an der Basis keinerlei solche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen geniessen, im Gegenteil.» So hätten die SBB im Frühjahr 2020 mit Verweis auf die Notlage versucht, den Lokführern vereinbarte Arbeitszeitregelungen wie Ruhepausen oder minimale Freitage zusammenzustreichen. Mit dem Fortschreiten der Pandemie hätten sie die Anforderungen an die Flexibilität des Zugpersonals zudem deutlich gesteigert.

Das sagt auch Ralph Kessler, der beim SEV für das Zugpersonal zuständig ist: «Die Arbeitspläne, in denen die Pausen der Mitarbeitenden festgelegt sind, wurden in den letzten Monaten teilweise erst am jeweiligen Einsatztag oder wenige Tage davor entsprechend angepasst, und zwar ohne die betroffene Person vorher zu konsultieren.»

Damit konfrontiert, schreibt die SBB-Medienstelle, man habe diese Art der Kommunikation bezüglich der Pausen mit den Kundenbegleiterinnen von Februar bis Juli getestet und analysiere nun das Ergebnis. Das sei mit der Personalkommission abgesprochen gewesen; die Gewerkschaften hätten diesem Vorgehen zuvor zugestimmt. Kessler entgegnet, der SEV sei nie befragt worden und sei von den SBB vor vollendete Tatsachen gestellt worden.

«Sollte der Trend zur Zweiklassengesellschaft nicht aufgehalten werden, müssten die Stellenbeschriebe stark korrigiert werden, um den sozialen Frieden in der Unternehmung nicht zu gefährden.»

Hubert Giger, Präsident des Verbands Schweizer Lokomotivführer und Anwärter

Bei den Lokführern sei hingegen das Problem, so schreiben die SBB weiter, dass man den Personal-Unterbstand der vergangenen Jahre nach wie vor nicht vollständig bewältigt habe. Diese leisteten deswegen in gewissen Regionen einen ausserordentlichen Beitrag.

«Sie sind bereit, manchmal auch kurzfristig zur Arbeit zu kommen, und stellen so sicher, dass die Züge fahren können. Diese Situation fordert auch die Disponenten, welche diese Koordination sicherstellen und die Touren je nach Situation auch kurzfristig anpassen. Daher kann es zu Änderungen im Ablauf kommen.»

«In der Summe ist das ein klarer Trend zu einer Zweiklassengesellschaft, den man auch in anderen Branchen sieht», sagt Lokführer-Präsident Giger. «Sollte dieser nicht aufgehalten werden, müssten die Stellenbeschriebe stark korrigiert werden, um den sozialen Frieden in der Unternehmung nicht zu gefährden.»